

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. November 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pfl. die fünfgehaltene Zeile; Kaul-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 135

Streiflichter auf die Haupttagungen der Prinzipalität

III.

Der Geschäftsbericht des Deutschen Buchdruckervereins soll uns im weitern etwas beschäftigen. Seine Anordnung ist wie immer übersichtlich, und was er inhaltlich auf 16 1/2 Seiten bietet, kann man ungefähr schon ermessen an den einzelnen Rubriken: Einleitung, Mitgliederstatistik und Rechnungsweisen; Personalnachrichten, Bewegung im Mitgliedsstande, Die finanzielle Entwicklung des Vereins; Fonds für besondere Zwecke; Feuerversicherungs-gesellschaft Deutscher Buchdrucker; Buchgewerblicher Schutzverband; Die Rechtsauskunftsstelle; Wirtschaftsamt des Deutschen Buchdruckervereins; Vereinsorgan; Lohn-tarifgebiet; Allgemeines, Teuerungszulagen für die Gehilfenchaft, Lehrlingsfrage, Aufhebung des Organisationsvertrags mit dem Verbands der Deutschen Buchdrucker, Schutzabteilung zur Abwehr unlariflicher oder unrichtiger Forderungen, Schaffung eines Reichstarifs für Hilfsarbeiter, Tarifbestimmungen der Konfessionsstellen in den Buchdruckereien, Tarifbestimmungen der in den Buchdruckereien beschäftigten Buchbindergehilfen, Tarifbestimmungen der Buchbinderwerkmeister, Vertragsgemeinschaft zwischen den Prinzipalen und Faktoren des Deutschen Buchdruckgewerbes; Preisstarifgebiet; Deutscher Buchdrucktarif, Berechnungsstellen und Berechnungsamt, Kriegswirtschaftliches: Metallvermittlungsstelle, Bezugs-scheine nun Bezüge von Neumetall, Die Lieferung von Neumetall aus Fortblei, Metallvermittlungsstelle (Auslandsabteilung), Bezugs-scheine für Selbstbrat, Webstoff-stelle für das graphische Gewerbe, Die Papierfrage; Schlusswort.

Es ist das eine äußerst vielseitige Kollektion von Materien, wodurch sowohl das reiche Betätigungsgelände des Deutschen Buchdruckervereins gut zur Veranschaulichung kommt, wie damit speziell ein Einblick gewährt wird, was die Kriegswirtschaft an neuen Aufgaben gebracht hat. Eine Befassung kann auch mit den uns am nächsten liegenden Kapiteln nur zum Teil erfolgen. Wer sich näher informieren möchte, verhoffe sich die Nummern 44 und 45 der „Zeitschrift“ zum Lesen. Die kriegswirtschaftlichen Einrichtungen und ihre Wirksamkeit sind jedenfalls von großem Interesse für alle Gewerbeangehörigen.

Der letzte Geschäftsbericht wurde im September 1917 erlassen, zu der bekannten Feldberger Tagung des Deutschen Buchdruckervereins, von der man sagen kann, daß von da an das laute rollende Prinzipalsblut in Wallung geraten ist. Nur läßt sich auch jetzt noch nicht behaupten, die Prinzipalsführung wäre über die Wechselbeziehung zwischen Ursache und Wirkung klarer geworden, wenn gleich in dem diesmaligen Geschäftsbericht ein Satz von seltener Richtigkeit anzufinden ist, der allerdings durch den Nebensatz gleich wieder aufgehoben wird, nämlich insofern, als es heißt:

Man kann also auf jeden Fall hiernach sagen, daß, wenn auch die Buchdruckerlöhne einschließlich Teuerungszulagen bis zum Jahre 1918 der wirklichen Steigerung der Unterhaltsverhältnisse nicht nachgekommen waren, dies doch seitdem in einer Weise erfolgt ist, daß den Gehilfen damit zugleich für die frühere geringere Berücksichtigung ein vollkommener Ausgleich gewährt ist.

Die Entwicklung der Teuerungszulagenverhältnisse für die Buchdruckergehilfen erläutert die relativ umfangreiche Darstellung, Tabellen und Zergliederungen werden von eignen Kommentierungen unterbrochen, die aber meistens immer unter einem Gesichtswinkel stehen, der objektiv faßlich genommen wird, woraus sich dann von selbst unzutreffende, manchmal also anmutende, manchmal wieder sprachlos machende Schlussfolgerungen ergeben. Eine solche Verblüffung erhält man auch durch den direkten Anschluß an das vorstehende Wiedergeborene:

Nachdem außerdem bei dem im August getroffenen Abkommen bei eintretender Senkung der Lebensunter-

haltspreise um wenigstens 10 Proz. ein Abbau der Teuerungszulagen in Aussicht genommen ist, darf bei leidlicher Entwicklung unserer Lebensverhältnisse wohl angenommen werden, daß auf jeden Fall der Höchstpunkt der Zulagenfeststellung nun erreicht sein dürfte.

Abgesehen davon, daß schon sprachlich die Logik hier eine fragwürdige ist, denn „auf jeden Fall“ kann man nicht mit „dürfte“ abschließen, läßt diese doch wahrscheinlich im vorgerückten September geschriebene Spottzeile eine klare Wirklichkeitsfremdbild erkennen. Wir gehen nicht weiter mit unrer Annahme, denn die am 3. August in Leipzig aufgeführte grobe Komödie mit der Festlegung auf Teuerungszulagenabbau bei den Augustverhandlungen war kein Intrigenreiches Spiel, weil es als ein solches gar zu dumm gewesen sein würde. Es ist vielmehr so, daß wie bei einer Bildschaulaufnahme nur einen Augenblick Erhellung stattfindet, so blüht auch beim Prinzipalsgeneral-tage für einen Moment wohl einigermaßen Erkenntnis auf darüber, was es heißt, heutzutage mit Bind und Regel sich für 83,5) bis 124,88 Mh. — den beiden Minimumedmaßen — durch das Leben schlagen zu müssen, im ganzen übrigen ist es aber „Jappen duster“. Das dürfte noch eine milde Auffassung sein. Von „vollkommenem Ausgleich“ und erreichte „Höchstpunkte der Zulagenfeststellung“ kann nur der sprechen, der die graulamen Realitäten der jetzigen Lebensführung für die armen Buchdruckergehilfen nur aus der Vogelperspektive zu betrachten braucht, und der demgemäß auch nicht weiß, daß Unternehmerkreise, die nicht fortgesetzt Dekorationskünstlern Beschäftigung geben zu belächelnder Auslage ihres sozialen Verständnisses, bereits in beträchtlichem Umlange sich zu höheren Löhnen an ihre Arbeiter verstanden haben. Aber bei uns ist die Gefühlswelt recht vieler Prinzipale noch gleich der im Buchhandel abgehenden, daß man nämlich für die Ehre, Buchdrucker-geliebte (Buchhandlungsgehilfe) zu sein, schon eine ganze Portion Sünner hinnehmen muß. Das haben wir zwar schon vor zwei Jahren als grundsätzliche Auffassung bekämpft, aber die Teuerung ist weit mehr scheltigen leitend, die Ein-sicht auf Prinzipalsseite jedoch nicht. Viel man den zu der neuen Teuerungszulagenbewegung Stellungnehmenden Vorkriegsartikel „Die Schraube ohne Ende“ in der „Zeitschrift“ vom 14. November, dann sieht man das Elend erlachender sozialer Kurzichtigkeit: genau so wieder; auch wie es schon im Abschnitt I von uns flüchtig kritisiert worden ist. Darüber aber später im folgenden.

Der Geschäftsbericht behandelt das Teuerungszulagenkapitel so breit, daß er auch in sich dabei in Widerspruch gerät. Die aufgezeigte Erkenntnis, daß in den ersten Jahren die Teuerungszulagen zu gering gewesen seien, wird an manchen Stellen durch mehr gegenläufige Behauptungen gegenstandslos. Was man so zu sein bekommt, deutet sich allerdings mit dem in der „Zeitschrift“ fast jedesmal gegen weitere Erhöhungen Gelegenen, auch dem in den Tarifausschuhverhandlungen von Prinzipalsseite Gehörten. Da war es immer zu viel, ging es über das Maß der Verteuerung hinaus, was verlangt wurde von Gehilfen-seite. Es wirkt auch nicht schön, wenn es an einer Stelle heißt, die Teuerungszulagen zu den Löhnen seien „immer mehr in die Höhe getrieben“. Das klingt so, als wenn die Teuerungszulagenfeststellung zum Spott für die Gehilfen geworden wäre.

Der Geschäftsbericht freibt allerdings die Bewilligungen in die Höhe, denn von der ersten im April 1916 wird gesagt, sie set „nur in einer Höhe von ungefähr 30 Proz.“ erfolgt. Das stimmt keineswegs; hier ist dem Verfasser eine Verwechselung zwischen monatlicher und wöchentlichem Gehalt unterlaufen. Die 30 Proz. könnten stimmen, wenn damals schon die Teuerungszulagen wöchentliche Bemessung gehabt hätten, da sie aber monatlich gewährt wurden, so machen die 10 bis 4 Mh. (für Verheiratete) nur 9 bis 2,7 Proz. aus, wozu noch eine Kinderzulage von 1,4 Proz. im Mindestmaße kam. Das ist jedenfalls ein großer Unterschied!

Die Gesamtlöhne im Buchdruckgewerbe (also nicht nur für die Gehilfen) werden angegeben mit 226938568 Mh.

im Jahre 1913, 1914: 200020165 Mh., 1915: 159493434 Mark, 1916: 170003848 Mh., 1917: 200 Mill. Mh., 1918: 260 Mill. Mh., für 1919 wird mit mehr als 500 Millionen Mark gerechnet. Dieses Ansteigen von 1918 an ist jedoch nicht ausschlaggebend, sondern ob das Lohn-mehr dem Verteuerungsmehr angemessen ist! Da ist denn im Gegenlatze zum Geschäftsberichte durchaus nicht von einem Ausgleiche, geschweige von einem vollkommenen zu sprechen; der nach unrer Meinung überhaupt nicht erreicht werden kann.

Es wird in einem kleinen Abhate gesagt, der Abschluß von Reichstarifen in allen graphischen Gewerbezweigen und die fortschreitende Zusammenlegung von Betriebs-zweigen einerseits, wie die gesonderten Tarifregelungen oder die Bewegungen der einzelnen Arbeitergruppen mit dem Mehrerlei der Verhandlungen darüber andererseits hätten bei Vorstand wie in Mitgliederkreisen zu der Erwägung geführt, „ob es nicht am zweckmäßigsten sein dürfte, einen Tarif zu schaffen, in dem die Verhältnisse aller in den graphischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten geregelt werden. Dadurch würde es leichter möglich sein, diese Verhältnisse wenigstens in den grundlegenden Bestimmungen einheitlich zu ordnen“. In der Augufassung des Tarifausschusses gab ein namhafter Leipziger Prinzipal schon eine solche Anregung, und aus unrer Würzburger Generalversammlung war der Vertreter der Buchbinderorganisation damit bereits gekommen. In dem Kreise der graphischen Verbandsvorstände sind auch Erwägungen im Gange, die auf einen sogenannten Manteltarif hinaus-laufen. Der Artikel „Graphische Union“ in Nr. 128 des „Korr.“ enthält schon detaillierte Vorschläge, wie die Ab-grenzung zwischen allgemeinen und Spezialbestimmungen erfolgen könnte. Wenn man das Durcheinander bei den Teuerungszulagenbewegungen sich vergegenwärtigt, kann eine zeitliche Zusammenlegung jedenfalls nicht unerwünscht sein. Die anderen Unternehmergruppen werden unrer Prinzipalsorganisation dabei la nicht als bloße Staffage dienen wollen, und die übrigen graphischen Gewerkschaften dürften uns nicht zum Hemmschuh werden. Das gegen-seitige Ausspielen von den Unternehmern aus kann dann nur Einschränkung erfahren. Aber den aufgeworlenen Gedanken wird sich also zweifellos reden lassen.

Da von den die Gehilfenchaft näher berührenden Punkten des Geschäftsberichts die meisten zwecks Vermeidung von Wiederholungen in Verbindung mit den Beratungen behandelt werden sollen, soll hier noch kurz einiges Anläßliche finden, auf das nicht mehr zurückgekommen werden könnte. So möchten wir aus dem Lehrlingsabschnitte den Satz erwähnen:

Es gibt leider immer noch viele Buchdrucker-gehilfen, die den Lehrling mehr als billige Arbeitskraft betrachten und nur wenig Wert auf seine Ausbildung legen. Dies trifft vielfach auch bei der Auswahl der einzustellenden Lehrlinge in die Erziehung.

Das ist einmal vollständig zu unterschreiben. Deswegen auch seit zwei Jahren von der Gehilfenchaft das allgemeine Verlangen nach tariflicher Erlassung des gesamten Lehrlings-wesens. Warum der vom Tarifausschuh im Juli 1918 zur Prüfung akzeptierte Entwurf einer Lehrlingsordnung aus-gerechnet dem Vorstände des Faktorenbundes zur Begut-achtung überandt wurde, den Gehilfenorganisationen aber erst, nachdem der „Korr.“ diese Ungleichheit angegriffen hatte, ist eine von den Handlungen des Deutschen Buchdruckervereins, die so manchmal nicht mehr die vorgebrachte Entschuldigung als Copius finden können. Die teilweise Erwähnung dieses Vorganges im Geschäftsbericht läßt uns den Fall nochmals beleuchten.

Die „Zeitschrift“ soll nun binnen kurzem wieder zweimal wöchentlich erscheinen. Sie wird auch bald einen neuen Hauptredakteur erhalten; Herr Wiener geht wegen Alters in Pension. Es ist mit diesem Posten schon einmal experi-mentiert worden. Man darf gespannt sein, wer nun kommt; wahrscheinlich soll mehr rechts gesteuert werden. Man will nach einer neuen Methode für die wichtigsten Ämter möglichst nur noch Prinzipale a. D. nehmen.

Das Buchgewerbe im Auslande

Schweden. Im Vorhinein des Verbandsvorstandes, den Wochenbeitrag für vollbeschäftigte Mitglieder um 2 Kr. und für halbbeschäftigte (Hilfsarbeiter) um 1 Kr. zu erhöhen, wurde mit 1890 gegen 1372 Stimmen abgelehnt. Der Vorstand glaubt den Grund darin zu sehen, daß die Ortsvereine eigene Kampfkongresse sammeln und dafür zum Teil erhebliche höhere Beiträge erheben. Die Urabstimmung über den Antrag um Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung fand sehr wenig Teilnahme, und das Resultat war die Ablehnung mit 2385 gegen 971 Stimmen.

Norwegen. Mit großem Eifer arbeitet der norwegische Bruderverband, um die Lungenkrankheit zu bekämpfen. So feuerte neulich wieder der Ortsverein in Fredrikshald, einem Städtchen von 25000 Einwohnern, 500 Kr. zum Tuberkulosefonds bei. — In Kristiania finden zur Zeit Verhandlungen mit den Prinzipalen zur Erlangung einer außerordentlichen Lernerzeugungs-aufgabe statt.

Frankreich. Unserm Bericht über den elften Kongreß des französischen Bucharbeiterverbandes in Nancy in Nr. 115 ist noch verschiedenes nachzutragen, das allgemeineren Interesse erheischt. Außer dem belgischen Verbande war auch die Londoner Gelehrten-Gesellschaft durch ihren Präsidenten Taylor auf dem Kongreß vertreten. Der französische Bucharbeiterverband zählt 12000 Mitglieder. Der Kongreß beschloß mit 120 gegen 33 Stimmen und 6 Enthaltungen die Aufnahme der Frauen in den Verband. Den Entschloßbrütern, deren Delegierte sich gegen die Aufnahme von Frauen erklärten, wurde in dieser Beziehung freies Entschloßungsrecht zugesprochen. Der Kongreß sprach sich ferner gegen die Beschränkung der weiblichen Seherleistungen aus und beschloß, für diese die gleichen Bedingungen in Anwendung zu bringen wie für männliche Seherlinge. Die Aufnahme der Journalisten in den französischen Bucharbeiterverband wurde mit 84 gegen 77 Stimmen und 15 Enthaltungen beschlossen.

Zur Einführung von Regionaltarifen wurde beschlossen: Von 1920 ab wird der Buchdruckerverband jedes Jahr den Prinzipalen einen Regionaltarif vorlegen, dessen Dauer fünf Jahre betragen soll. Infolge der bestehenden hohen Lebensmittelpreise wird eine schiedsrichterliche Kommission alle drei Monate zusammenzutreten, und die Preise nach den offiziellen Statistiken zu prüfen und, wenn solche steigen, die Höhe in selben Prozentsatz zu erhöhen. Der Verband wird in fünf Regionen eingeteilt; die erste Region umfaßt die Gruppen von Orleans, Limoges und Clermont-Ferrand; die zweite Marseille, Toulon und Bordeaux; die dritte Lille, Le Mans und Nantes; die vierte Straßburg, Nancy, Dijon und Lyon; die fünfte die Pariser Region. Das Minimum wird je nach der Bedeutung der Städte und den Lebensbedingungen der Arbeiter einen Monat vor der Bewegung durch Mehrheitsbeschluß festgesetzt. Die Regionaltarife regeln den Lohn für alle Arbeiterkategorien. Dieser muß für beide Geschlechter gleich sein. Im Abtrag wurde das Zentralkomitee vom Kongreß beauftragt, sich mit der Prinzipalorganisation in Verbindung zu setzen zwecks Anbahnung eines einheitlichen Nationaltarifs, dessen Minimum 16 Fr. pro achtstündigen Arbeitstag betragen soll.

Aber die Arbeitsbedingungen an den Schmalmaschinen kann es zu einer eingehenden Aussprache, hervorgerufen durch die prinzipalseitige Forderung einer erhöhten Produktion der Maschinenleher. Von einer besonders dafür eingesetzten Kommission lag ein Bericht über diese Angelegenheit vor, worin dem Grundhals einer Produktionsvermehrung zugestimmt wurde unter der Bedingung, daß die Einrichtungen der Schmalmaschinen nach den von der Kommission gegebenen Anweisungen geändert werden, und unter der weiteren Bedingung, daß einer Vermehrung der Produktion eine Arbeitszeitverlängerung entsprechen muß. Von der Kommission wurde betont, es sei unmöglich, die durch beschleunigte Arbeit erzwungene intensive Anstrengung länger als sieben Stunden zu leisten, und stellte die strenge Bedingung, die Arbeitszeit des Maschinenleher im gewissen Maß auf sieben Stunden, bei Leistungen am Tag auf sechs Stunden und bei Nacht auf sechs Stunden zu beschränken. Die Kommission bestand darauf, daß eine Mehrleistung oder eine Leistung überhaupt von den Maschinenleher technisch-hygienisch schlecht eingerichteter Betriebe mit schlechterem oder ungenügendem Material nicht gefordert werden kann. Der Kongreß empfahl, die von der Kommission festgelegten allgemeinen Bedingungen (deren Wiedergabe sich für uns aus räumlichen Gründen verbietet) als Basis für regionale und lokale Tarife zu betrachten und den Schlichtern das Recht einzuräumen, spezielle Punkte nach Bedürfnis zu ergänzen.

Eine vorübergehende Abwesenheit des Verbandsvorstandes wurde zur Einbringung und Begründung eines Antrages benutzt, dem sich mit Rücksicht auf die tragenden Kollegen Steuer die Sympathie des Kongresses auszusprechen für die dem französischen Bucharbeiterverbande 40 Jahre hindurch bewiesene Aufopferung und ihm aus Dankbarkeit eine monatliche Pension von 400 Fr. zu bewilligen. Dieser von 37 Delegierten aller Schichten unterzeichnete Antrag wurde vom Kongreß lebhaft begrüßt und nach kurzer Diskussion, in welcher die Verdienste Steuer's um den Verband hervorgehoben wurden, einstimmig, lebhaft und per Akklamation angenommen. Als Steuer dieses Votum später mitgeteilt wurde, dankte er dem Kongreß freudigen Auges für diesen Beweis kollektiver Treue und Solidarität. Später führte Kollege Steuer noch aus, daß er die ihm dargebrachte Ehrerbietung, Sympathie und

Dankbarkeit ausgedehnt wissen möchte auf seine Frau, die Mutter seiner Kinder. Mit begeisterten Worten feierte er die Opfer, die die Frauen ständiger Kollaterale im Familienleben darbringen mühen und die oft so wenig anerkannt würden. — Was läge demgegenüber näher als ein Vergleich, wie die deutschen Arbeiter verdiente Gewerkschaftsführer sehr behandeln!

In Paris ist es am 10. November wegen der von den Vereingern abgelehnten Forderung der Angestellten und Arbeiter in den Zeitungsbetrieben auf Gewährung einer Lernerzeugungs-aufgabe von 5 Fr. pro Tag zu einem Streik im gesamten Zeitungs-gewerbe gekommen. An Stelle der vom Streik betroffenen bürgerlichen Zeitungen erscheint ein Einheitsblatt unter dem Titel „La Presse de Paris“, das politische und lokale Nachrichten sowie den Abdrucken bringt. Die sozialistischen Zeitungen „Humanité“, „Heure“, „Pays“, „Verité“, „Populaire“, „Journal de Peuple“ und „France Libre“ geben gleichfalls ein gemeinsames Organ unter dem Namen „La Feuille Commune“ heraus. Zu den sozialistischen Organen gesellen sich auch die belgen Blätter „L'Oeuvre“ und „Bon Soir“. Jetzt haften die Einheitsorgane, besonders das der bürgerlichen Zeitungsverleger, mit gewissen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil die lokale Neugier der Leser nicht genügend befriedigt wurde und die Sportresultate ausblieben. Selbsten hierin eine Vervollständigung eintrat, gewöhnt sich das Publikum an den Zustand im Pressewesen. Die Nervosität der Zeitungsverleger spiegelt sich in allerlei Anekdoten wider. So behauptet die „Action française“, sie besäße einen offiziellen Bericht des Direktors der deutschen Propaganda, aus dem hervorgehe, daß deutscherseits Agenten nach Frankreich entsandt werden sollen, um dort bolschewistische Propaganda zu treiben. Diese Agenten seien mit bedeutenden Geldmitteln ausgestattet und hätten in Berlin Unterricht im Bolschewismus erhalten. In demselben Blatte schreibt Maurice Barrès, Deutschland subventioniere in der ganzen Welt den Bolschewismus, weil es im Bolschewismus das letzte Mittel sehe, durch das es sich der Auslieferung des Friedensvertrages entziehen könne. Weiter wird in der „Presse de Paris“ die Behauptung aufgestellt, daß der Pariser Buchdruckerstreik auf deutsche Machenschaften zurückzuführen, und daß auch die unter den Angestellten der französischen Post herrschende Unruhe durch deutsche Treibereien verursacht sei. Zu welchen Kirchengespinnsten doch Lohnforderungen der Arbeiter Anlaß geben! Den ankündigend so gefährlichen Bolschewismus halten sich die Pariser Zeitungsverleger am besten dadurch vom Halbe, daß sie ihren Personalen die Führung einer menschenwürdigen Existenz gewährleisten durch die Bewilligung der gestellten Forderungen.

Spanien. Von einem Buchdruckerstreik in Valencia, dessen bedauerliche Begleitumstände in die Frühzeit der Arbeiterbewegung weisen, wußten vor einiger Zeit die deutschen Tageszeitungen zu berichten. Fast alle Druckerereien wurden lahmgelegt, das Schriftmaterial durcheinandergeworfen, die Schmalmaschinen zertrümmert, die Pressen unbenutzbar gemacht. Viele Druckerereien wurden überdies angezündet und zwei Buchdruckerbesteller ermordet. Einer der Mörder und Brandstifter, der verhaftet wurde, gab an, zehn Pelota erhalten zu haben für die Lösung eines Druckerstreikers! Die ganze Bewegung, die sich auch auf andre Berufsstände erstreckte, stand unter der Regie kommunistischer Putschisten. Für die daran beteiligten Arbeiter dürfte es inzwischen bereits zu einem bösen Erwachen aus dem revolutionären Rausch gekommen sein.

Japan. Die Buchdrucker und Schriftleher in Tokio haben sich zu einem lokalen Verband unter dem Namen „Tokyo Empan Kogyo Sogo Kumiai“ zusammengeschlossen.

Volkswirtschaft

Not über Not!

II. Technische und geistige Not.

In ausführlicher Weise haben wir in Nr. 131 ein Bild der leblichen Not entrollt, die gegenwärtig am Marke des gesamten deutschen Volkes zehrt. Ihre Ursachen und Folgen haben wir gleichfalls mit aller Deutlichkeit beleuchtet. Und wir kamen zu dem Schlusse, daß die Ursachen und Folgen der leblichen Not sich auf kultureller Basis zu einer geistigen Not summieren, aus deren Banden sich das hungernde Volk der Arbeit in Deutschland mit aller Macht befreien will. Dieser geistige Befreiungskampf, der vorerst nur in darken Meinungs- und Parteikämpfen als Reflexe eines Kulturkampfes von noch nie dagewesener Größe hin und her wogt, findet als natürliches Charakteristikum der deutschen Volkswirtschaft keinen kürzeren Niederschlag als der sogenannten technischen Not, in die uns die privatkapitalistische Tendenz der bisherigen Wirtschaftsvorbereitung hineingekostet hat. Denn wir haben festgestellt, daß die deutsche Volkswirtschaft unter keinen Umständen in der Lage ist, die leblichen Bedürfnisse des deutschen Volkes, besonders nicht soweit die Magenfrage in Betracht kommt, zu befriedigen. Wir sind von Natur aus auf die Einfuhr ausländischer Lebensmittel angewiesen. Wofür müssen wir inländische Erzeugnisse der technischen Arbeitskraftverwertung in Zahlung geben, weil unser Kredit oder vielmehr das ausländische Vertrauen in die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes durch die Rubendörfler'schen „Seldentaten“ in enger Verbindung mit agrarischen, industriellen, Eisenbahnen und wilhelminischen Weltmachtphantasien auf den Nullpunkt gesunken ist. Damit erweist sich die technische

Not, in der wir zur Zeit stehen, als eine höhere Notens der leblichen Not. Denn ihre Befreiung ist nicht minder eine Frage des Könnens, sondern ebenso sehr des Willens. Das Können ist geschwächt durch die Ernährungsnot und durch den Rohstoffmangel, der ebenfalls wieder in erster Linie von der ausländischen Zufuhr abhängt. Das Willen dagegen ist abhängig vom Geiste, der die schaffenden Kräfte belebt und die Arbeit der Hände beflügelt. Das Können kann aber gekräftigt werden durch eine Belebung des Willens. Und diese Belebung ist nicht nur eine Magenfrage, sondern vielmehr eine solche des Ausgleichs sozialer Gegensätze. Die sogenannte Arbeits-unlust ist, abgesehen von ihren rein physischen und körperlichen Ursachen, für die Arbeiterklasse in erster Linie ein passiver Ausdruck der geistigen Anzuchtlosigkeit und des Widerstandes gegenüber den sozialen Ungerechtigkeiten im Arbeitsverhältnis. Der Ruf nach gleichberechtigter Mitbestimmung im Arbeitsprozeß und seiner Ertragsverteilung ist weder nur ein parteipolitischer Schlachtruf, noch ein abstraktes Glaubensbekenntnis materialistischer Geschichtsauffassung, sondern ein geistiges Kulturbedürfnis aller Kopf- und Handarbeiter, das sich unter dem Gewoge des parteipolitischen Krachens nur noch nicht so rein und gleichwohl Geltung verschaffen konnte, wie es nötig wäre, um den Anhängern der alten Zeit zu zeigen, was das Gebot der Stunde erfordert. Und dieses Gebot der Stunde lautet: Befreiung der technischen Not zur Befreiung aus leblicher Not durch Sozialisierung der technischen und geistigen Springsquellen der gesamten Kultur.

Sehen wir uns daher die technische Not, in der wir zur Zeit stehen, an einigen handgreiflichen Auschnitten aus der Praxis etwas näher an. Fangen wir unten an, und zwar bei der Schuhnot. Was halbe und nasse Wäster des selber viel zu frühzeitigen zweiten Revolutionswinters läßt uns diese Not mit geradezu apokalyptischer Stille in jeder Arbeiterfamilie fühlen. Ein Paar gewöhnlicher Strahenschuhe kostet heute das Zehn- bis Fünfzehnfache des Friedenspreises. Das Einkommen der Arbeiterklasse ist aber höchstens um das Vierfache gestiegen. Die Rubendörfler hat uns in ungeheurer Ausdehnung der ehemaligen Fronten beinahe das letzte Stück Schuh- und Stiefelbedarf vertrieben lassen. Die Aufgabe der Zwangswirtschaft im Lederhandel bei dieser strategischen Borniertheit auch noch eine freihändlerische hinzugefügt, die aller Beschreibung spottet. Der inländische Lederpreis soll durch Aufhebung der Zwangswirtschaft an den sogenannten Weltmarktpreis angepaßt worden sein. Damit sollte angeblich einer Verflechtung des deutschen Leders durch Schieber nach dem Auslande vorgebeugt werden. Also auch hier zeigt sich schon wieder die ominöse Wirkung der Valuta oder mit andern Worten die Abhängigkeit der deutschen Lederindustrie vom Weltmarkte, die nur dadurch ausgeglichen werden könnte, daß die Lederfabrik nicht durch den freien Handel, sondern durch den Austausch deutscher Fabrikate mit Preisfestsetzung nach den ausländischen Gegenleistungen von einer einseitig organisierten Aus- und Einfuhrstelle durchgeföhrt werden sollte. Dies kann aber wiederum nur durch ein enges Zusammenarbeiten aller in Frage kommenden technischen Produktionsgruppen, und zwar nicht nach geographischen und privatkapitalistischen Interessen, sondern nur nach allgemeinen gesellschaftlichen und fachtechnischen Gesichtspunkten unter Mitwirkung der betreffenden Arbeiter- und Angestelltenkreise erfolgen. Wenn nur dadurch, daß die sozialistischen und egoistischen privatkapitalistischen Interessen dabei ausgeschaltet werden, läßt sich das Interesse der Arbeiterklasse an einer Befreiung der Produktivität festern. Unter den jetzigen Verhältnissen werden der deutschen Volkswirtschaft Milliardenwerte sowohl durch die Willkür der Leder-schieber wie durch die allgemein mit solchen Freiheitskriegen in fast allen Handelszweigen hervorgerufene Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Erzeugung technischer Austauschfabrikate entzogen. Der Arbeiterklasse gegenüber solchen Verhältnissen den Vorwurf der Apathie zu machen, ist leicht; wo sind aber die zehn- und noch mehrfachen Löhne der Arbeiterklasse in solchen Handels- und Industriezweigen, deren Verkaufspreise so gewaltig gestiegen sind? Ist da nicht die Schlussfolgerung logisch, daß sich eine Minderheit auf Kosten der Mehrheit des Volkes ganz unverdient bereichert? Die Valuta allein rechtfertigt diese Zustände nicht. Hier ist nur die materielle Innerlichkeit der jetzigen Klasse ausschlaggebend, die den Markt beherrschen oder an sich greifen haben. Was soll man z. B. dazu noch sagen, wenn im Inland die „Frankfurter Zeitung“ ein „Kollektant“ unter der Aufschrift „Ausflug ins Ausland genehmigt“ 150000 Schweizerfranken, das Paar zu 60 Mk., und 100000 Schilling, das Paar zu 50 Mk., zum Verkauf anzupressen mag! Wo hat der „edle“ Kollektant diese Beerenbestände her, und was hat er dafür bezahlt? Waren diese Schuhe wirklich nicht einfacher und billiger der deutschen Arbeiterklasse zugänglich zu machen? In diesem Sinne gibt es ein Gebot des Handels, wie es billiger noch nie zu verzeichnen war. Die Inhaberschaft dieser Zustände wird selbst in solchen Kreisen mehr und mehr erkannt, die an der privatkapitalistischen Wirtschaftsform ein weit größeres Interesse haben als wir. Schrieb doch z. B. der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Felix Deutsch, kürzlich in der „Wolffschen Zeitung“ über dieses Thema u. a. folgendes: „Unter Wahrung und Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen verleiht die augenblickliche Regierung anscheinend immer nur den Schutz des Handels. Der Handel blüht deshalb heute auch in einer nie gekannten Weise. Jedem Industrieflehen paßt es beinahe köstlich, daß alle Bekannte zu ihm kommen und ihm erklären, daß sie sich als Kaufleute etablieren. Denn was sie im Zwischenhandel augenblicklich verdienen können, vermag ihnen auch die beste Be-

zahlung nicht zu gewahren. Wie lange kann das aber dauern? Eines schönen Tages ist Deutschland ausverkauft und damit wird dann die deutsche Wirtschaft endgültig ruiniert und überhaupt nicht wieder aufzubauen sein.“ Der Generaldirektor sieht hier die Dinge ganz genau so, wie auch wir sie beurteilen, und wie sie schließlich jeder halbwegs vernünftige Mensch beurteilen muß, wenn seine Sinne noch nicht durch den diabolischen Tanz Merkurs verwirrt sind.

Auf dem Kleidermarkte leben wir genau den gleichen Tanz um das goldene Kalb. An einen neuen Anzug oder Mantel kann ein ehrlicher Arbeiter heutzutage kaum noch denken. Schon die Beschaffung der einfachsten Arbeitskleidung bildet ein Problem, das den Vätern und Müttern in Arbeiterfamilien vor der Zeit graue Haare bringt. Wie soll das erst werden, wenn auch die ledigen Entlassungsanwärter der Kriegsteilnehmer durch die fällige Abkündigung anfangen, ihren Erleger mehr und mehr daran zu erinnern, daß er seinen letzten Anzug auf dem Leibe trägt? Reich ausgestaltet sind die Kleiderläden, ebenso reichlich bemessen sind die neuesten Preislisten der Schneidermeister. Haben sich doch z. B. erst vor kurzem die Leipziger Schneiderinnung und der Schneiderarbeitgeberverband auf einen neuen Kunden tariff „geeignet“, wonach nur die Herstellungskosten (ohne Stoff) für einen Sakkoanzug 400 bis 550 M., ein Rod jacket 270 bis 370 M., eine Weste je 75 bis 110 Mark und ein Paletot 370 bis 475 M. betragen sollen. Das Wenden ist nicht viel billiger. Gegenüber den Friedenspreisen ergibt sich bei diesen Preisen eine durchschnittliche Steigerung um das Zehnfache; wo werden aber die zehnjährigen Schneiderlöhne bezahlt? Und wir fragen weiter, wo bleiben für die übrigen Arbeiter die zehn- und noch mehrfachen höheren Löhne, die die Arbeiterkraft braucht, um sich wenigstens nur noch so zu kleiden wie vor dem Kriege, ganz abgesehen von jedem Wunsch einer Verbesserung? Wo soll da die Arbeitslust herkommen, wenn man Tag für Tag arbeitet und doch nicht vorwärts kommt, sondern unermüdet zurück, Stunde um Stunde, Tag um Tag? Es heißt, den deutschen Arbeiter als vernünftiges Tier einzukleben, wenn man glaubt, angefaßt solcher Zustände noch Lust und Liebe zur Arbeit von ihm verlangen zu können. Lust und Liebe zur Arbeit ist eine heilige, eine geistige Potenz. Wo sich so viel Unsinns, ja direkt Wahnsinns im Wirtschaftsleben zeigt, da gehört eine geradezu übermenschliche Seiden- und Entlassungsart dazu, wenn man sich entschließen soll, sich noch mehr als bisher ins Geschick zu legen, noch mehr aus seiner Arbeitskraft herauszupressen, damit — andere es sich weiter wohl sein lassen können, die bisher kaum noch etwas vermocht haben. Das ist so ein Gedankengang, der sich in Millionen von Arbeiterköpfen in Deutschland heute tagtäglich wiederholt, wenn man an sich selbst herunterkaut, seine Kleider mustert, seine nackten oder halben Füße in brüchigen Schuhen fühlt, an seine Frau, seine Kinder, seine Eltern, an seinen ganzen Hausstand denkt! Daß der Arbeiter sich nicht mehr recht verlassen kann, daran hat er sich schon gewöhnt; sein Aussehen, seine Arbeitskraft und seine gelinkene Lebensfreude sind nicht mindere Kronzeugen seines harten Kampfes um ein elendes Dasein!

Doch der Arbeiter sieht nicht nur sich und sein Leben. Er sieht auch andere und deren Treiben. Als Arbeiter ist er ein Glied der Technik, der deren Entwicklung, deren Aufstieg, steht auch deren jäherer Verfall, wenn auch nur in kleinem Ausmaß. Aber was er da durch seinen täglichen Ausblick aus einem kleinen Fensterchen seines häßlichen Lebens sieht, ist mehr als genug, um einzusehen, daß es so nicht mehr weitergehen kann und darf, wenn nicht alles umsonst sein soll. Es ist früh und streng Winter geworden. Seine Schuhe und Kleider sind dünn und schäbig geworden; warme Unterkleidung kennt er nur noch halb und halb. Und seine Stuben ist kalt, ihn heizt, weil die Kohlen fehlen. Er fühlt die Kohlennot, denkt an sie, an ihre Ursachen und ihre weiteren Wirkungen. Er hat viel gelesen und gebüht von einem Rückgang der Förderung durch die Bergarbeiter. Er hat aber auch viel gebüht von einem Raubbau in den Kohlenbergwerken, von Verkürzungen ganzer Bergwerksanlagen in Preußen und von Kundendorfs „Profitorientierung“, die uns jetzt jährlich 21 Millionen Tonnen Kohlen als Wiedergutmachung kostet. Wir haben im „Storr“, die wahren Ursachen der Kohlennot schon oft und vielfach beleuchtet und konnten in zunehmendem Maße feststellen, daß die Hauptschuld an der Kohlennot nicht an den Grubenarbeitern liegt, daß sie vielmehr zum größten Teil der vollständigen Ruinierung des Eisenbahnsystems in Verbindung mit Wagen- und Lokomotivmangel zuzuschreiben ist. Es soll nicht bestritten werden, daß berechnete und unberechnete Streiks der Bergarbeiter im laufenden Jahr einer ausreichenden Kohlenförderung ebenfalls sehr hinderlich waren; aber wir sind auch der Meinung, daß die meisten dieser Streiks sehr wohl zu verhüten oder abzukürzen gewesen wären, wenn man an maßgebenden Stellen mit gleicher Energie gegen die Bergherren aufgetreten wäre wie gegen die Arbeiterkraft. Die Tatsache, daß jetzt erst ein Tarif für die Ruhrbergleute aufstake bekommen ist, dessen Lohnsätze angedeutet der Lebensmittelpreise in keiner Weise als übertrieben angesehen werden können, beweist, daß die Bergarbeiter nur das für ihre schwere Arbeit fordern, was sie unter keinen Umständen entbehren können, wenn sie überhaupt noch einigermaßen leistungsfähig bleiben wollen. Nachdem übrigens von Arbeiterteile die gegen die Bergarbeiter erhobenen Vorwürfe bezüglich deren Schuld an der Kohlennot in den letzten Wochen etwas gründlicher auf ihre Berechtigung geprüft worden sind, und es sich dabei herausstellte, daß die Ursachen dieser Arbeitskraftmangels ganz wo anders als unter den Kohlenarbeitern zu suchen sind, hat der Wind im bürgerlichen Blätter-

walde ganz auffällig umgeschlagen. Es wird anerkannt, daß die Kohlenförderung in stetigem Zunehmen begriffen ist, und daß sich die Kohlenvorräte ganz erheblich gesteigert haben, daß sowohl im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien die Kohlen auf Halben abgeleert werden mühten.

Aber nun kommt der blühende Bote und entpuppt sich als das Abel aller Abel, in der Verkehrsnote. Ihr verdanken wir unbestreitbar den größten Teil aller Not, die bei aller Würdigung der geradezu unheimlichen Lasten, die der Friedensvertrag dem deutschen Eisenbahnsystem aufgebürdet hat, doch schon längst hätte gemildert werden können, wenn der technische Wiederaufbau des Verkehrswesens von großzügigeren Gesichtspunkten aus in Angriff genommen worden wäre, als es bisher tatsächlich der Fall war. Auch hier finden wir bezüglich der Ursachen einer mehr als mangelhaften Ergänzung des Güterwagen- und Lokomotivbestandes in den bürgerlichen Blättern die gleichen Schauernachrichten über die Arbeiterkraft in den Eisenbahndirektionen. Zugegeben, das hier nicht alles ist, wie es sein sollte, so sind aber auch hierfür mehr als genug Ursachen vorhanden, die man nicht der Arbeiterkraft in die Schuhe schieben kann und darf. Von den diesbezüglichen Umständen, z. B. bei den preußischen Eisenbahnen, lauten nämlich die Anklagen der Arbeiterkraft in fast sämtlichen Eisenbahndirektionen zusammenfassend wie folgt: Das aus der Mißwirtschaft des Ministers Breitenbach übernommene Gehelmsystem mit seinem unglücklichen Bürokratismus sei schuld, daß nichts gebessert wurde, nicht aber die angeblich vorhandene Dienstunfreundlichkeit des Personals. Als Ursachen des gerillten Betriebs werden angegeben: Raubbau an Material und Personal während des Krieges, Betriebsunbrauchbarkeit der meisten Lokomotiven, Hemmung des Wagenumsatzes durch die Zugverspätungen, Verzug und Materialmangel. Der Wagenpark wird vielfach durch Schieber ausgenutzt, schlechtes Öl und schlechte Kohle, die zu einem Drittel aus Steinen besteht, müssen verbraucht werden. Es ist vielfach nicht so viel Werkzeug da, daß voll gearbeitet werden kann. Unter der traurigen Beleuchtung der Signale leidet die Betriebsicherheit. Die Ausbildung des Personals ist minderwertig. Gegenüber dieser Feststellung der eigentlichen technischen Ursachen der Verkehrsnote fehlt es aber auch schon seit längerer Zeit nicht an praktischen Vorschlägen aus fachtechnischen Kreisen zur sicheren Beseitigung dieser Mißstände, und zwar in folgender Form: Beschaffung von guten, leistungsfähigen Maschinen, alle Lokomotiven müssen repariert, aber nicht neu aus altem Material gebaut werden, die schon nach 8 bis 14 Tagen reparaturbedürftig sind. Die Erfahrung der Fachleute aus den Kreisen des Personals muß nutzbar gemacht werden. Die Maschinen dürfen nur kurze Strecken fahren. Eine große Belastung der Signale ist zu vermeiden. Die Betriebsbeamten, die kein Interesse haben, den Betrieb durchzuführen, ihn vielmehr hemmen wollen, müssen entfernt werden. Güterzüge dürfen nicht stundenlang vor dem Bahnhof liegen, Maschinenmeister und Dienststellenvorsteher müssen mehr Freiheit in der Materialbeschaffung bekommen. Der schleppende bürokratische Geschäftsgang ist zu beseitigen. Die Haltezeiten an den Stationen müssen vergrößert werden. Die Materialbeschaffung muß vor allem kaufmännischer gehandhabt werden, nicht mehr der grüne Tisch darf bestimmen, sondern der klare Kopf des Praktikers. Alle Kleinlichkeit und Unflexibilität in der Verwaltung muß verschwinden. Kupfer, Zinn und Öl können beschafft werden, wenn die Verwaltung schneller zupakt. Zugüberholungen müssen da fortfallen, wo sie jetzt nicht mehr nötig sind. Die Fahrpläne müssen revidiert werden. Die Wagenstellung für Kurstransporte muß unbedingt aufhören. Wichtigergeleise Baanle und das Schiebertum müssen ausgemergelt werden. Alle diese Vorschläge, denen gegenüber auch ein Nichtschmann zugestehen muß, daß ihre Erfüllung weder von der Entlastung noch von der Arbeiterkraft abhängig ist, sondern nur von einer gründlichen Beseitigung der bürokratischen Herrschaft in den Eisenbahndirektionen, sind schon längst gemacht worden. Sie wurden nur nicht beachtet, weil sie nicht in das Schema F der Eisenbahngewaltigen passen. Statt mit kräftiger Hand in diese bürokratischen Wespennester hineinzufallen, plagt sich der preußische Eisenbahnminister mit allen möglichen scharfen Erlassen gegen die unteren und mittleren Eisenbahnanstellungen und -arbeiter. Ohne dadurch etwas anderes erreicht zu haben als die Notwendigkeit einer fast völligen Stilllegung des Personenverkehrs für volle elf Tage auf allen deutschen Eisenbahnstrecken. Diese Eisenbahnnot soll ja nun einigermassen dazu beitragen haben, den Güterverkehr etwas besser in Gang zu bringen. Trotzdem werden aber die verantwortlichen höchsten Stellen des Verkehrswesens doch nicht darum herumkommen, die vorstehend ausgeführten Verbesserungs-vorschläge auf technischem und persönlichem Gebiete so ernsthaft wie nur möglich zu nehmen und sie in die Tat umzusetzen, wenn wir nicht in wenigen Wochen im Verkehrswesen noch schlimmere Zustände als heute erleben sollen. Das eine ähnliche Zurückhaltung der Leistungen in technischer wie geistiger Hinsicht von oben herab auch in der deutschen Schiffahrt wie im Luftverkehr betreiben, macht die Verkehrsnote nur noch schlimmer. Sowohl bei der Ober-, Mittel- wie Arbeiterschaft herrschen geradezu trostlose Zustände, Wasser und Mitterung sind an diesen Zuständen viel weniger schuld als gewisse Spekulationen und bürokratische Borniertheit einzelner Schiffahrtsgesellschaften. Da herrscht noch Kriegswirtschafts schlimmster Sorte, und zwar bis in die letzte Zeit hinein teilweise noch unter militärischer Protektion.

Was sonst noch alles an technischen Mängeln von dieser Verkehrsnote abhängt, wie z. B. die Gas- und Elektrifizierung der Mittel- und Großstädte, wollen wir hier nur andeuten. Ganze Spalten könnten darüber noch ge-

sprochen werden, um zu zeigen, in welchem großem Umfange die gesamte deutsche Volkswirtschaft von einem gründlichen Um- und Neuaufbau der Verwertung aller technischen Kräfte abhängig ist. Wie da ein Rad ins andre greift und die ganze Maschinerie versagen muß, wenn es nicht gelingt, die noch im alten Zeitgeist befangenen und heute noch maßgebenden Kräfte in Landwirtschaft, Industrie und Handel davon zu überzeugen, daß eine Fortleitung über Steigerung der einseitigen alten Profitorientierung das ganze deutsche Volk unrettbar dem Bankrott an Leib und Seele zuführt.

Das traurigste und widerlichste Kapitel aller technischen Not fällt jedoch in den Bereich des Handels, der bekanntlich ja auch ein Weggenosse, ja sozusagen Bahnbrecher des Verkehrswesens sein soll. Aber den Handel und seinen Wandel haben wir schon während des Krieges (Sahrg. 1915) an dieser Stelle ein umfassendes Bild aufgerollt. Wir haben ihn schon damals in all seinen Licht- und Schattenseiten als legitimes Kind des menschlichen Geistes bezeichnet. Und da der Apfel bekanntlich nicht weit vom Stamme fällt, so ist auch von dem Handel der Gegenwart gewissermaßen zu sagen, daß alle seine Tugenden und Sünden den Geist der Zeit widerspiegeln. Sowohl der legitime wie illegitime Handel im kleinen wie im großen ist durch den privatkapitalistischen Segen-labbath des Weltkrieges zum Totengräber menschlicher Kultur geworden. Ein von oben protektierter Kriegswucher, der unter der schwärzlichen Blodade Deutschlands immer üppiger gedeihen konnte, hat sich im Handel besonders breit gemacht und dank seiner durch und durch nur auf Profit aufgebauten Struktur in der Revolutionszeit sich eine Freiheit erobert, die in den meisten Fällen als bodenlose Frechheit zu bewerten ist. Für den Handel heutzutage gibt es nichts Heiligeres mehr; er schreit nicht nur mit gleicher Profitorientierung über tote Waren, sondern auch über einzelne Menschen wie ganze Völker. Seine schmutzigste Wäsche hat er wohl in dem zum Himmel schreienden Schiebertum der Gegenwart erreicht. Was Landwirtschaft und Industrie in privatkapitalistischer Profitorientierung noch nicht aus den Knochen des arbeitenden Volkes herausgeholt konnten, das holt der Handel, und zwar der heftigste, der illegitime wie der geheime, mit höllischer „Geschäftslichheit“ aus allen Poren. Die Not des Volkes ist zum „Segen“ des Handels geworden. Der Handel blüht und gedeiht, das Volk geht zugrunde. Das ist die Signatur des heutigen Güterauslaufes, und zwar des geistigen wie des materiellen. Ganze Stöße von „Schleberaffen“ aus allen Ecken des ganzen Reiches, aus allen Handelszweigen legen den zur Bekämpfung dieser Handelsauswüchse neuerrichteten Behörden vor; sie sind leider so groß und zahlreich geworden, daß man ruhig sagen kann, die wirklich noch ehrlich zu nennenden Ämter des Handels bilden eine verschwindende Minderheit.

Die Regierung will nun mit eiserner Faust diesem Treiben ein Ende machen durch Gefängnisstrafen, ja selbst Zuchthausstrafen, ganz abgesehen von hohen Geldstrafen. Wir wünschen der Regierung alles Gute auf diesem Wege. Sie hat die Zustimmung aller jener, die mißbillig und beladen von kummervollen Sorgen der barten Not der Zeit durch ein kräftiges Leben wandern. Aber dennoch glauben wir, daß die Spänen des wirtschaftlichen Schlichtes immer noch Nischen finden werden, durch die sie ihre Beute in Sicherheit bringen können. Das dürfte erst dann zu verhindern sein, wenn es sich für diese Sallunken am Kopf und Kragen handeln würde. Vor hundert Jahren hat man in England die Todesstrafe gegen Maschinenzerstörer verhängt. Die heutigen Wucherer zerstören aber nicht nur Maschinen, sie zerstören die Lebenskraft von Tausenden von Menschen und zerrütten das ganze deutsche Volk. Darum haben auch solche Lumpen den Tod tausendfach verdient. Aberall ruft man in letzter Zeit nach einem starken Manne, der diesem Wirrwarr mit eiserner Faust ein Ende machen soll. Man gebe einem solchen Manne die Waffe der Todesstrafe für unver-schämte Wucherer in die Hand; dann erst wird er abschreckend wirken können. Denn die Wucherer von heute rechnen ja nur mit einer Reaktion, die sie im schlimmsten Falle wieder aus dem Gefängnis oder Zuchthaus in absehbarer Zeit befreien wird. Diese Hoffnung wird erst erfüllt werden, wenn einleuchtend dieser Vampyr auf dem Sandbau der gewissenlosen Dasein befestigt haben werden. Dann erst wird es auch dem Reichswirtschaftsministerum möglich sein, den Aus- und Einfuhrhandel rund um Deutschland in einseitiger Weise auszulagern und die deutschen Arbeitsprodukte in ausgleichender Weise mit den vom Auslande zur Verfügung gestellten Lebensmitteln und Rohstoffen auf eine Wertlinie zu bringen, wodurch das ganze Schieber- und Valutaproblem eine befriedigende Lösung finden würde.

Neben einer rücksichtslosen Bekämpfung des Wuchers und des Schleichhandels im Inland und nach dem Auslande bleibt aber die Beseitigung der technischen Not im Inlande selbst des Pudels Kern. Der ganze Organisationsapparat und die klassengegenwärtliche Arbeitsgemeinschaft des Unternehmertums in Industrie wie Handel haben die Produktion nicht mehr in Gang bringen können. Es fehlt ihr dazu das wichtigste, das geistige und persönliche Einverständnis der Arbeiterkraft, also gerade desjenigen Teiles des Produktionsprozesses, durch den dieser erst wirkliches Leben erhält. Die ganze deutsche Volkswirtschaft kann nur wieder gefunden werden durch eine Steigerung der Produktivität aller vorhandenen technischen Produktionsmittel. Jede Arbeitskraftverschwendung bedeutet Verschärfung der wirtschaftlichen Lage. Die ganze Verkehrsnote in Verbindung mit dem Rohstoffmangel bedingt durch Konzentration aller Arbeitskräfte eine ganz außerordentliche Steigerung der zum Austausch gegen ausländische Lebensmittel und Rohstoffe erforderlichen technischen Halb-

